

NIEDERSCHRIFT

über die **4.** Sitzung

des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz

(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **15.01.2013**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr
Den Vorsitz führte: Ursel Meis

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Ingo Danziger
2. Herr Hans Ludwig Dickers
3. Herr Karl-Heinz Ehms
4. Frau Ursel Meis
5. Frau Angelika Quiring-Perl
6. Herr Bernd Ramakers

• SPD-Fraktion

7. Herr Horst Fischer
8. Herr Bernd Kehrberg
9. Herr Martin Mertens

• FDP-Fraktion

10. Herr Hermann-Joseph Gruhl
11. Herr Rolf Kluthausen

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 12. Herr Dr. Erik Michael
- 13. Herr Dr. med. Mark Michael

Vertretung für Herrn Heiner Cöllen

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 14. Herr Leo Oehmen

- **Verwaltung**

- 15. Herr Thomas Dilbens
- 16. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 17. Herr Hans-Joachim Klein
- 18. Herr Norbert Lange
- 19. Herr Marc Zellerhoff

- **Schriftführerin**

- 20. Frau Birgit Niesen

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestellung einer Schriftführerin	4
3.	Änderung des Rettungsgesetzes NRW	4
4.	Gebühren im Rettungsdienst	5
5.	Rettungsdienstliche Versorgung von Rommerskirchen	5
6.	Digitalfunk	6
7.	Anfragen und Mitteilungen.....	7

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Frau Meis begrüßte die Anwesenden und verband die Begrüßung mit den besten Neujahrswünschen.

Sie stellte alsdann fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Retta/20130115/Ö1

2. Bestellung einer Schriftführerin

Protokoll:

Der Ausschuss dankte Herrn Winzen für seine bislang geleistete Tätigkeit als Schriftführer.

Zur Schriftführerin wurde Frau Birgit Niesen bestellt.

Retta/20130115/Ö2

3. Änderung des Rettungsgesetzes NRW

Protokoll:

Herr Graul verwies auf die der Einladung beigefügten umfangreichen Unterlagen zur Gesetzesnovelle. Er führte aus, dass wesentliche Punkte im Gesetzesentwurf keinen Niederschlag gefunden haben:

- die Vereinheitlichung der Trägerschaft der Rettungswachen
- fehlende Klarstellung bezüglich der Aufschaltung des Notrufes 112 auf die Kreisleitstelle
- fehlende Klarstellung bezüglich der Notarztstellung durch die Krankenhäuser
- fehlende Regelung bezüglich der Hilfsfristen

Eingang fand in den Gesetzesentwurf:

- die Einführung des ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes
- Regelungen zu intensivmedizinischen Transporten
- Aufsichts- und Weisungsrechte des Trägers des Rettungsdienstes zu den Regelungen im Rettungsdienst

Herr Graul erläuterte den § 13 des Entwurfes der Rettungsgesetzesnovelle (Vergabepflichtigkeit bei Übertragung an Dritte). Er führte aus, dass die europaweite Ausschreibung unter Berücksichtigung der Kontinuität im Rettungsdienst und den synergetischen Effekten zum Katastrophenschutz als nicht förderlich anzusehen ist; nicht nachvollziehbar sei die Verfahrensbeteiligung der Krankenkassen am Ausschreibungsverfahren. Eine Bereichsausnahme nach EU-Recht für den Bereich des Rettungsdienstes sei daher wünschenswert. Gespräche mit dieser Zielsetzung seien bereits von Seiten des Landkreistages und der Hilfsorganisationen aufgenommen worden.

Weiterhin verwies Herr Graul auf die §§ 14ff der Rettungsgesetznovelle (Ausschluss nichtmissbräuchlicher Fehleinsätze von der Gebührenkalkulation). Hier seien Gebührenaufschläge in beträchtlicher Höhe zu befürchten; darüber hinaus könnten Aufgaben des kassenärztlichen Notdienstes auf den öffentlichen Rettungsdienst zukommen. Bei dem letztgenannten Aspekt müsse die Frage der Konnexität geprüft werden.

Seitens der Ausschussmitglieder wurde betont, dass die Erhaltung der Verzahnung von Rettungsdienst und Katastrophenschutz eine vordringliche Aufgabe sei; daher solle die Bereichsausnahme für die Ausschreibungspflicht gefordert werden.

Herr Ramakers hielt eine Sondersitzung des Ausschusses für erforderlich, in dem schwerpunktmäßig über den Themenkomplex „Vergaberecht“ debattiert werden solle. Er halte eine Einladung entsprechender externer Fachleute zu dieser Sitzung für wünschenswert.

Herr Graul schlug vor, die Sitzung gegen Ende des 1. Halbjahres 2013 durchzuführen.

Retta/20130115/Ö3

Beschluss:

Beschluss Nr.: 1 :

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Durchführung einer Sondersitzung mit dem Schwerpunkt „Vergaberecht im Rettungsdienst“.

4. Gebühren im Rettungsdienst

Protokoll:

Herr Graul legte die Notwendigkeit der Gebührenänderung dar. Über die ab dem 01.01.2013 geltenden Gebühren sei mit den Verbänden der Krankenkassen und dem Landesverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften das gesetzlich geforderte Einvernehmen erzielt worden. Der Kreistag habe daher in seiner Sitzung am 19.12.2012 eine entsprechende Satzung beschlossen, die am 01.01.2013 in Kraft getreten sei.

Frau Quiring-Perl verwies darauf, dass eine Beschlussfassung durch den Kreistag ohne vorherige Beratung im Fachausschuss die Ausnahme bleiben müsse.

Retta/20130115/Ö4

5. Rettungsdienstliche Versorgung von Rommerskirchen

Protokoll:

Herr Klein legte dar, dass die Verwaltung die vom Kreistag am 30.03.2011 im rettungsdienstlichen Bedarfsplan 2010 gefassten Beschlüsse zum 01.01.2012 umgesetzt habe. In der Gemeinde Rommerskirchen sei dadurch die rettungsdienstliche Versorgung wieder auf dem Stand der Technik. Durch die Verlagerung eines Rettungswagens vom Standort Grevenbroich-Krankenhaus zum Standort Grevenbroich-Neurath mit

Wirkung ab dem 01.07.2012 sei die rettungsdienstliche Versorgung in Grevenbroich und Rommerskirchen weiter optimiert worden.

Herr Mertens führte aus, dass der Status quo der rettungsdienstlichen Versorgung für die Gemeinde Rommerskirchen gut sei, äußerte jedoch die Befürchtung, dass eine Verlagerung des Rettungswagens ab 2014 nach Frimmersdorf diese Versorgung gefährde.

Herr Graul betonte, dass die rettungsdienstliche Versorgung der Gemeinde Rommerskirchen nicht vernachlässigt werde, es sei vielmehr ein konstanter Dialog zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und den Gemeindevertretern der Gemeinde Rommerskirchen abgesprochen worden, um die Situation bewerten zu können.

Herr Mertens beantragte, die Versorgung der Gemeinde Rommerskirchen im Vorgriff auf die geplante Verlagerung des Rettungswagens zu bewerten.

Nach vertiefender Diskussion fasste der Ausschuss bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung den nachfolgenden Beschluss.

Retta/20130115/Ö5

Beschluss:

Beschluss Nr.: 2 :

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, wie sich die rettungsdienstliche Versorgung der Gemeinde Rommerskirchen unter Beachtung der einschlägigen Hilfsfristen nach der Verlegung des zur Zeit in Grevenbroich-Neurath stationierten Rettungswagens nach Grevenbroich-Frimmersdorf/Neurath sicherstellen lässt.

Abstimmungsergebnis:

2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung

6. Digitalfunk

Protokoll:

Herr Dilbans erläuterte die intensive kommunale Zusammenarbeit bei der Einführung des Digitalfunks im Rhein-Kreis Neuss. Die Aufgaben der sogenannten „Vorhaltenden Stelle“ beabsichtige die Stadt Dormagen nicht im Kreisverbund, sondern autark wahrzunehmen. Da das Land Nordrhein-Westfalen die notwendige Technik für die Anbindung der Leitstellen voraussichtlich erst zum Ende des Jahres 2014 bereitstellen werde, sei vorher an einen operativen Einsatz des Digitalfunks nicht zu denken.

Retta/20130115/Ö6

7. Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

Umbenennung Feuerwehr Dormagen

Herr Graul führte aus, dass der hauptamtliche Teil der Freiwilligen Feuerwehr Dormagen durch Ratsbeschluss vom 11.12.2012 und Veröffentlichung der Satzung über die Struktur der Feuerwehr vom 20.12.2012 in „Berufsfeuerwehr“ umbenannt wurde. Die Berufsfeuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr tragen ab sofort die gemeinsame Bezeichnung „Feuerwehr Dormagen“.

Beschaffung der Führungskomponente ELW 2

Herr Lange legte dar, dass bedingt durch die technische Entwicklung umfangreiche Umrüstungen notwendig seien, die eine nahezu vollständige Entkernung und einen sich anschließenden Wiederaufbau erfordern. Unter Einbeziehung einer Bewertung des Fahrgestelles wird derzeit die Wirtschaftlichkeit einer solchen Maßnahme geprüft.

Retta/20130115/Ö7

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Ursel Meis um Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ursel Meis
Vorsitz

Schriftführung